



Regierungsratsbeschluss vom 20. Mai 2025

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S und Zulassungserleichterungen für in der Schweiz ausgebildete Drittstaatsangehörige: Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, des Asylgesetzes, der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit sowie der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Vernehmlassung

P250276

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Staatssekretariat für Migration.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst in seiner Stellungnahme, dass die Massnahmen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S den bereits bestehenden Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen angeglichen werden. Der Abbau von administrativen Hürden ermöglicht einen einfacheren und rascheren Zugang für die betroffenen Personen zum Arbeitsmarkt, was sich positiv auf die Volkswirtschaft auswirkt. Die Anpassungen führen zu keinen bedeutsamen personellen oder finanziellen Aufwendungen auf Seiten des Kantons. Beim Thema Kantonswechsel beantragt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme eine Präzisierung.

